
Commons: ein nomadisierender Begriff im Wandel von Bedeutungsfeldern

Anmerkungen zur theoretischen Analyse des Werks von Elinor Ostrom und linksalternativer Bezüge darauf

ANDREAS EXNER

Der Artikel untersucht die Bedeutung des Begriffs der Commons aus der Perspektive der Theorie kollektiver Selbstorganisation zur Nutzung von Allmenderessourcen von Elinor Ostrom. Dieser Ansatz ist in der linksalternativen Commonsdebatte prominent. Er wird auf sein spezifisches Erkenntnisinteresse hin befragt und die Architektur des theoretischen Gebäudes von Ostrom dargestellt. Ostrom steigert die Komplexität vorangegangener Theorien rationaler Wahl durch die Berücksichtigung von kulturellen, psychologischen und sozialen Faktoren. Dem Erklärungsmodus des Paradigmas rationaler Wahl, das Institutionen aus individuellen Kosten-Nutzen-Kalkülen ableitet und deren Messbarkeit voraussetzt, wird dies jedoch nicht gerecht. Die linksalternative Debatte unterscheidet sich von diesem Paradigma durch eine weitgehende Ablehnung seiner Kernannahmen. Dennoch sind die meisten Bezüge auf Ostrom in dieser Debatte positiv. Neben einer Schwäche der Rezeption zeichnet für diese Paradoxie der Entwicklungsstand genau in linksalternativer Theoriebildungen zu Fragestellungen der Commonsdebatte verantwortlich.

Der Diskurs der *Commons* ist in den letzten Jahren ein wichtiger Bestandteil linksalternativer Debatten auch im deutschen Sprachraum geworden. Mehrere große Tagungen (z. B. Heinrich-Böll-Stiftung Nov. 2010, Heinrich-Böll-Stiftung Mai 2013*) und eine Reihe von Buchveröffentlichungen (z. B. Helfrich & Heinrich-Böll-Stiftung 2009, Helfrich et al. 2010, Ostrom 2011, Helfrich & Heinrich-Böll-Stiftung 2012, Exner & Kratzwald 2012, Die Armutskonferenz 2013) legen davon ebenso Zeugnis ab wie die regelmäßige Verwendung des Commonsbegriffs im Zusammenhang mit praktischen Projekten selbstorganisierten kollektiven Wirtschaftens und Lebens. Für den deutschsprachigen Raum sind die diskurspolitischen Aktivitäten von Silke Helfrich ein Angelpunkt. Die von ihr herausgegebenen Sammelbände führen recht verschiedene Akteure und Sichtweisen im Commonsdiskurs zusammen.

Die Vielfalt der Zuschreibungen zu Commons und der damit verbundenen Bedeutungen, die in den genannten Publikationen zum Ausdruck kommt, ist als solche kein neues Phänomen. So hat schon Blackmar (2006) eine eingehende Analyse von Diskursverschränkungen in der Commonsdebatte vorgelegt, fokussiert dabei aber nicht auf die linksalternativen Deutungen des Begriffs, sondern vielmehr auf die diskursiv wirkmächtige-

re Debatte um Eigentumsrechte im Kontext neoliberaler Reorganisation des öffentlichen Raums in den USA.

Der Commonsdiskurs in der linksalternativen Debatte weist eine besondere Eigenschaft auf. Während andere im Kontext dieser Debatte wichtige Konzepte oder Begriffe auf eine lange Tradition sozialwissenschaftlicher, teils akademischer, teils außeruniversitärer Auseinandersetzung zurückblicken können, gilt dies für die Commons nicht. Betrachtet man den Bedeutungskranz von Commons und die damit verbundenen politischen Positionen, so kann man durchaus den Eindruck gewinnen, dass hier verschiedene Akteure von unterschiedlichen Commons sprechen, die je Unterschiedliches bezwecken sollen. Dies mag bestimmten, auf politische Allianzen bauenden Diskursstrategien zum Vorteil gereichen. Eine inhaltlich nur vage bestimmte Projektionsfläche wie im Fall der Begriffe Demokratie, Gerechtigkeit, gutes Leben oder Nachhaltigkeit könnte nachgerade als Voraussetzung dafür gelten, dass überhaupt sozial weiter ausgreifende Debatten stattfinden, sich Allianzen neu ordnen oder bündeln lassen. So betrachtet wären Commons eher als ein relativ offenes Feld von Auseinandersetzungen zu interpretieren und weniger als ein an sich tragfähiger, heuristisch relevanter Begriff für bestimmte soziale Phänomene.

Freilich geht mit der schwachen theoretischen Fundierung des Commonsbegriffs in der im weitesten Sinne linksalternativen Debatte auch ein Nachteil einher. Zum einen werden theoretische Klärungen und die Sortierung unterschiedlicher, womöglich konträrer politischer Zielsetzungen erschwert. Zum anderen rücken aufgrund des Mangels an elaborierten linken Theoriebildungen in Hinblick auf Commons implizit oder explizit Ansätze bürgerlicher Wissenschaft ins Zentrum. Diese Ansätze machen Voraussetzungen, verfolgen Methoden und spezifische heuristische Ziele, die nicht unbedingt mit linksalternativen Bestrebungen kompatibel sind, sogar konträr dazu sein können. Diese ambivalente Situation des linksalternativen Commonsdiskurses mag einer von mehreren Gründen dafür sein, dass Elinor Ostrom und die von ihr seit dem Nobelpreis von 2009 prominent vertretene Schule akademischer Commonsforschung auch in diesem Kontext eine herausragende Rolle spielt. Texte von Elinor Ostrom sind nicht nur Teil einschlägiger Sammelbände, der Verweis auf ihre Arbeiten ist auch regelmäßig Bestandteil einzelner Beiträge. Silke Helfrich hat darüber hinaus mittels editorischer Eingriffe einen synthetischen Text von Elinor Ostrom auf Deutsch zusammengestellt und herausgegeben (Ostrom 2011). Neben diesem offensichtlichen diskursiven Bezug zwischen linksalternativen Debatten und einem bürgerlichen Ansatz der Commonsforschung wäre freilich zu fragen, wie diese Einflüsse unter Vorzeichen linksalternativer politischer Anliegen einzuschätzen sind. Diese Frage wurde bislang in der Literatur zu Commons noch kaum gestellt.

Die einzige dem Autor bekannte, in dieser Hinsicht relevante Untersuchung ist die Diplomarbeit von Isabelle Schützenberger (2014) zu Gemeinschaftsgärten in Wien. Das Ergebnis der Studie war ein Zweifaches: Zum einen wurde die Vielfalt von Commonsbegriffen sichtbar, die zunächst zu differenzieren ist, um einen sozialwissenschaftlich gehaltvollen Zugriff auf Commons zu ermöglichen. Zum anderen erwies sich das Analyseraster der Designprinzipien als wenig erhellend für ein Verständnis der Organisationsformen von Gemeinschaftsgärten und ihrer Problematiken.

Der folgende Artikel stellt den Ansatz von Elinor Ostrom zusammenfassend dar, und zwar mit besonderem Fokus auf das spezifische Erkenntnisproblem, das der Ansatz zum

Ausgangspunkt nimmt und einer Klärung zuführen möchte. Dazu konzentriert sich dieser Beitrag, unter Hinzunahme ergänzender Veröffentlichungen, auf *Governing the Commons* von 1990 und das Buch *Understanding Institutional Diversity* (2005), das als das Hauptwerk von Elinor Ostrom gilt. Zweitens wird eine Strukturierung des linksalternativen Commonsdiskurses anhand dreier wichtiger Themenfelder versucht. Abschließend werden die Ergebnisse in politischer und wissenschaftlicher Hinsicht kurz eingeschätzt.

Der Ostromsche Zugang zu Commons

Ostroms Ansatz ist fest im Paradigma der rationalen Wahl (*rational choice*) verankert (vgl. dazu explizit auch Ostrom 2005: 99, 103, und Ostrom 1990: 33, 37, 43). Diese Einordnung in einen *rational choice*-Institutionalismus beziehungsweise Institutionalismus der rationalen Wahl wie in Schneider et Janning (2006) oder Forsyth et Craig (2014) ist nicht neu und in Ostroms eigenen Arbeiten als Selbstzuschreibung evident (vgl. explizit auch Ostrom 1998). Indes lassen die genannten theoretischen Zuordnungen die Frage außen vor, welchem Erkenntnisproblem Ostrom sich eigentlich gewidmet hat. Wie jede wissenschaftliche Theorie, so ist auch das Werk von Elinor Ostrom im Rahmen eines bestimmten Paradigmas zu sehen, das mehrere Theorien umfasst und einen allgemeinen Denkrahmen aufspannt, der definiert, was gefragt werden muss und gefragt werden kann. Ein Paradigma (zum Begriff des Paradigmas siehe Kuhn 1967) bestimmt mithin die wissenschaftlichen Probleme, die als relevant gelten und theoretisch gelöst werden sollen. Es gibt in groben Zügen des weiteren vor, welche Bedingungen eine gültige Lösung eines theoretischen Problems erfüllen muss. Diese beiden Aspekte stehen im ersten, auf Ostrom bezogenen Teil des Artikels daher im Vordergrund.

Ihren Forschungsansatz fasst Ostrom 1990 noch etwas enger mit vorrangigem Bezug auf spezifische Problemstellungen des Paradigmas der rationalen Wahl. Dieses Paradigma sieht die soziale Wirklichkeit aus Individuen und ihren Handlungspräferenzen zusammengesetzt. Gesellschaftliche Regelmäßigkeiten müssen in seinem Rahmen aus den individuellen Handlungspräferenzen abgeleitet werden. Dabei wird mit der Annahme bestimmter Entscheidungskalküle der Individuen gearbeitet.

Schon 1990 formuliert Ostrom einen universalistischen theoretischen Zugang. Ihr Ansatz versteht sich also nicht als Theorie für einen bestimmten gesellschaftlichen Bereich, sondern als einen sehr weit ausgreifenden Versuch, eine ganze Bandbreite an gesellschaftlichen Phänomenen zu erklären. Dort wird bspw. die von der Autorin entwickelte Theorie der selbstorganisierten governance von Allmendegütern wie folgt charakterisiert: Sie ist eine «Theorie selbstorganisierten kollektiven Handelns, um die bestehenden Theorien fremdorganisierten, kollektiven Handelns zu ergänzen: die Theorie des Unternehmens und die Theorie des Staates» (Ostrom 1990: 57; alle Übersetzungen vom Autor). Die Unternehmenstheorie, auf die hier Bezug genommen wird, erklärt das Unternehmen aus den individuellen Kosten-Nutzen-Kalkülen der beteiligten Akteure in einem vorausgesetzten Zustand unabhängig voneinander produzierender Individuen. Analog dazu bedeutet Staatstheorie im Sinn von Elinor Ostrom die Erklärung des Staates als Ergebnis der Kalkulation individueller Kosten-Nutzen-Vergleiche in einem von ihr so genannten Hobbeschen Naturzustand, in dem, wie Ostrom formuliert, die Regel gelte, dass alles erlaubt

sei. Diese Einordnung ihres eigenen Zugangs macht anschaulich, wie stark er sich von marxistischen oder anderen sich kritisch verstehenden sozialwissenschaftlichen Zugängen unterscheidet. Im Hinblick auf die Konstitution von kapitalistischen Unternehmen wird deutlich, dass ausgehend von Individuen und der Annahme individueller Handlungspräferenzen strukturelle Machtverhältnisse grundsätzlich nicht thematisiert werden können. Weder macht im Rahmen dieses Paradigmas die Kategorie des historisch bestimmten Produktionsverhältnisses (zwischen Kapital und Arbeit) Sinn, noch kann die in ihm eingelassene Klassenspaltung begrifflich formuliert werden. Im Hinblick auf eine Theorie des Staates zeigt sich Ähnliches: Es wird völlig von der realen historischen Entwicklung des Staates als gewaltförmiger und gegen zahlreiche organisierte Widerstände durchgesetzter Herrschaftsapparat abgesehen und stattdessen auf die Fiktion des Hobbeschen Naturzustands Bezug genommen.

2005 präsentiert Ostrom den gegenüber 1990 weiterentwickelten und mit ausführlichen empirischen Untersuchungen angereicherten Zugang als ein von ihr so genanntes Rahmenkonzept (*framework*) mit der Bezeichnung «Institutionelle Analyse und Entwicklung» (*Institutional Analysis and Development – IAD*). Unter einem Rahmenkonzept versteht Ostrom eine theoretische Sprache, die für mehrere Theorien gelte. Der universalistische Geltungsanspruch wird damit noch deutlicher formuliert. Zugleich wird präzisiert, welche Theorien die IAD unter sich vereint. Es sind dies allesamt Zugänge aus dem Bereich des Paradigmas rationaler Wahl (Ostrom 2005: 28).

Die Autorin formuliert eine allgemeine Institutionentheorie, die ihrer Meinung nach auf Gesetzeswerke, Märkte, Hierarchien, selbstorganisierte Governancestrukturen für Ressourcen «oder irgendeine einer breiten Vielfalt von Situationen» anwendbar ist (Ostrom 2005: 185, vgl. 6). An anderen Stellen werden die Familie, die Schule, Spielplätze oder Nachbarschaften (Ostrom 2005: 132) sowie sportliche Spiele und Wahlen (ebd.: 5) als weitere Beispiele für Institutionen aufgezählt, die Gegenstand ihrer Theorie sind. Festgehalten wird, dass Institutionen nur einen Teil einer großen Zahl von Elementen darstellen, die menschliches Verhalten zu spezifischen Zeiten und in spezifischen Räumen bestimmen (Ostrom 2005: 30). Dabei wird ein Begriff von Institution unterlegt, der auf regelorientiertes Verhalten abstellt: «Breit definiert sind Institutionen Vorschriften, die Menschen verwenden, um alle Arten wiederholter und strukturierter Interaktionen zu organisieren...» (Ostrom 2005: 3).

Der universalistische Anspruch der Ostromschen Theorie führt die Autorin außerdem dazu, eine allgemeingültige und zum allgemeinen Gebrauch empfohlene Terminologie zu entwickeln, um von einem Diskurs, welcher der Autorin zufolge an das babylonische Sprachengewirr gemahnt, zu einem konzeptionellen Ansatz zu gelangen, der «hoffentlich eine größere Chance der Kumulierung hat als einer der vielen getrennten Wege, die momentan in den zeitgenössischen Sozialwissenschaften en vogue sind» (Ostrom 2005: 11). Das IAD soll unabhängig von Zeit und Raum gelten, was unter anderem dazu führt, dass Ostrom eine Reihe von historischen Beispielen der *governance* von Allmendegütern anführt. Diese haben in ihrem Ansatz einen besonderen theoretischen Stellenwert, weil nur sie es erlauben, im strikten Sinn von andauernden, also sehr langfristigen Institutionen kollektiver Selbstorganisation zur Nutzung von Allmendegütern zu sprechen, die zu keinen ökologisch nachteiligen Wirkungen führen (Ostrom 1990: 88). Dies hält Ostrom

schon 1990 fest, die dort diskutierten weiteren Beispiele selbstorganisierter Institutionen zur Nutzung von Allmendegütern entstanden erst im 20. Jahrhundert.

Das Paradigma der rationalen Wahl weist neben dem oben genannten universalistischen Anspruch einige Spezifika auf, die eine darauf aufbauende Theoriebildung prägen. Inhärent ist ihm *erstens*, wie erwähnt, die Modellierung von Individuen als wahlhandelnde Subjekte, die nach sogenannten Kosten und Nutzen ihre Entscheidungen treffen (siehe z. B. Ostrom 1990: 33, 37, 192ff.). *Zweitens* werden diese Subjekte als nutzenmaximierend angenommen. Diese Annahme wird im Ansatz von Ostrom nicht aufgehoben. Vielmehr wird die Entstehung von selbstorganisierten Institutionen von Nutzenden eines Allmendegutes als kollektives Ergebnis komplex theoretisierter individueller Kalkulationsprozesse konzipiert, die je nach Diskontierungsrate – ein mathematisches Maß für den Grad der Präferenz für Nutzen in der Zeit (z. B. Ostrom 1990: 34f.) – zu höheren kumulativen Nettonutzen führen als im Fall der Abwesenheit einer solchen Institution: «Wenn die Nutzerinnen und Nutzer unabhängig voneinander im Verhältnis zu einem Allmendegut agieren, das knappe Ressourceneinheiten generiert, so wird der Nettogesamtnutzen, den sie erzielen, üblicherweise geringer sein, als er hätte sein können, wenn sie ihre Strategien in irgendeiner Weise koordiniert hätten» (Ostrom 1990: 38). Auch die Reproduktion einer solchen bereits etablierten Institution wird darauf zurückgeführt. Die Individuen wägen Ostrom zufolge die «Vorkosten», neue Regeln vorzuschlagen und sich darüber zu einigen, die kurzfristigen Kosten der Einführung neuer Aneignungsstrategien und die langfristigen Kosten, ein selbstverwaltetes Aneignungssystem zu überwachen und aufrechtzuerhalten, gegen den individuellen Nutzen ab, der aus dem institutionellen Arrangement entspringt: «Wenn die Summe dieser erwarteten Kosten für jede Nutzerin und jeden Nutzer den Anreiz zur Veränderung übersteigt, dann wird niemand in Zeit und Ressourcen investieren, die benötigt werden, um neue Institutionen zu schaffen» (Ostrom 2005: 245f.). *Drittens* resultiert aus diesem Paradigma eine grundlegende theoretische Problemstellung, die Elinor Ostroms Ausgangspunkt markiert, und zwar das so genannte Trittbrettfahrer-Problem (Ostrom 1990: 6). Das Trittbrettfahrer-Problem wird im Paradigma der rationalen Wahl insbesondere für bestimmte Typen von Gütern oder Dienstleistungen relevant, nämlich für Allmendegüter und für öffentliche Güter (Ostrom 1990: 32). Diese Typisierung bildet einen *vierten* Eckpunkt der rationalen Wahl, der sich aus den vorhergehend genannten Annahmen ergibt. Sie umfasst zwei Achsen, nämlich Rivalität (*subtractability*) und Ausschließbarkeit (*excludability*), d. h. den Grad der Minderung einer Ressource durch die Nutzung, und den Grad der Schwierigkeit, andere Nutzende von der Nutzung auszuschließen. Dieses konzeptionelle Raster resultiert aus dem oben beschriebenen methodologischen Individualismus zusammen mit der Annahme wahlhandelnder, rational kalkulierender und individuellen Nutzen maximierender Subjekte, wie nicht nur das Paradigma der rationalen Wahl, sondern auch die neoklassische Ökonomie sie unterstellt. Die Genese und Verbindung dieser beiden Ansätze, ihre Überlappungen und Unterschiede hat bspw. Foucault analysiert (Foucault 2006).

Unter diesen Voraussetzungen erhält die Frage der Ausschließbarkeit von anderen Nutzenden eine herausgehobene Relevanz, und zwar insbesondere dann, wenn ein Gut oder eine Dienstleistung verknappt werden kann. Diese Voraussetzung geht übrigens an zentraler Stelle in die Ostromsche Konzeptualisierung von selbstorganisierten Institutionen

zur Nutzung von Allmendegütern ein: die Mitglieder solcher Institutionen müssen von den Ressourcen ökonomisch stark abhängig sein (Ostrom 1990: 34). Daran lässt sich *fünftens* anschließen, dass die genannte Typisierung von Gütern und Dienstleistungen noch auf andere Weise die Vorstellung einer Marktwirtschaft und eines korrespondierenden Subjektmodells zur Grundlage hat: Die Konzeptualisierung von Gütern und Dienstleistungen als voneinander trennbare Einheiten nämlich – von Ostrom mit Bezug auf Allmenderessourcen sogenannte Ressourceneinheiten – setzt ein Produktionsverhältnis voraus, worin die Warenform dominiert, also eine Marktwirtschaft, und das anstelle kulturell mannigfach eingebetteter Elemente der Natur sogenannte Ressourcen konstituiert. Zugleich wird damit also ein bestimmtes *gesellschaftliches* Naturverhältnis hergestellt, nämlich von *Individuen* zu Naturgegenständen oder -kräften sowie zu den Produkten ihrer Umwandlung als *Nutzeneinheiten*.

Im Fall von privaten und öffentlichen Gütern wird eine umstandslose Lösung des so konstituierten Trittbrettfahrer-Problems durch die Limitierung der Zahl der Nutzenden aufgrund von Privateigentumsrechten angenommen (z. B. Ostrom 2005: 119). Im Fall von Allmenderessourcen jedoch bot das Paradigma der rationalen Wahl vor den Untersuchungen von Elinor Ostrom und verwandten Studien keine Erklärung für die realiter häufig aufzufindenden Strukturen kollektiven Handelns, die kein Trittbrettfahrer-Problem aufweisen. Öffentliche Güter werden von Ostrom 1990 und 2005 nicht näher behandelt und nur am Rande erwähnt.

Die Stoßrichtung von Ostrom im Rahmen dieses Paradigmas erfolgt auf vier Ebenen. *Erstens* widerlegt sie die wirkmächtige Position von Garrett Hardin, wonach natürliche Ressourcen ohne Privateigentumsrechte oder staatliche Intervention der Übernutzung anheimfallen müssen. Dies geschieht durch eine synthetische Darstellung verfügbarer ethnografischer Forschung zu Allmenderessourcen, durch eigene Feldstudien und systematisierte Auswertungen davon. *Zweitens* gelangt Ostrom zu einer differenzierteren Analyse von Institutionen, wie sie die IAD definiert, also auch von staatlichen Politiken und von Märkten. Dies ist zwar nicht der Schwerpunkt von Ostroms Zugang, wird jedoch immer wieder betont. Es erlaubt der Autorin, die von ihr so genannten Blaupausen von Privatisierung oder Staatseingriffen, die aufgrund einer mangelnden Realitätstauglichkeit immer wieder zu unerwünschten Resultaten führen, zu kritisieren (z. B. Ostrom 2005: 236ff.). *Drittens* kann Ostrom mit Verweis auf eine Reihe experimenteller Untersuchungen, die zusammen mit Kolleginnen und Kollegen, aber auch von anderen durchgeführt worden sind, eine bestimmte Variante des *homo oeconomicus* widerlegen, die voraussetzt, dass sich die soziale Wirklichkeit ausgehend von individuellen Kosten-Nutzen-Kalkülen und unter der Annahme nutzenmaximierenden Verhaltens erschließen lässt. Prosoziales bzw. kooperatives Verhalten ist auch in experimentellen Untersuchungen unter Bedingungen, die unter Annahme einfacher Modelle rationaler Wahl – die Ostrom an einer Stelle als «Modelle der ersten Generation rationaler Wahl und ähnliche Modelle» bezeichnet (Ostrom 2005: 100) – egoistisches und monetär orientiertes Verhalten nahelegen, häufiger zu beobachten, als diese Modelle vorhersagen (Ostrom 2005: 69ff.). Dies erlaubt Ostrom u. a. die Feststellung, dass erst die Institution des Marktes zu Verhalten im Sinn eines rationalen Egoisten führt und nicht «Annahmen der ökonomischen Theorie über die interne Struktur der individuellen Bewertung und Wahl» (Ostrom 2005: 101; vgl. 118). Ostrom

relativiert den *homo oeconomicus* als universelles Subjektmodell (Ostrom 2005: 110) – als allgemeingültige Form des Menschseins also. Ihre Ablehnung der universellen Gültigkeit des von ihr so genannten Modells der rationalen Wahl des Individuums (Ostrom 2005: 78) ist jedoch nur dann nachvollziehbar, wenn mit dem Modell des *homo oeconomicus* und der von Ostrom ebenfalls relativierten, damit verbundenen Nutzenmaximierung (Ostrom 2005: 110) das Waren- und Geldsubjekt am ökonomischen Markt bezeichnet werden soll. Im weiteren wird diese Interpretation noch problematisiert. *Homo oeconomicus* meint hier das Subjekt am ökonomischen, monetär formierten Markt. Tatsächlich ist für den Neoliberalismus gerade bezeichnend, dass tendenziell alle sozialen Bereiche als marktförmig gedacht und nach Möglichkeit auch so organisiert werden. Individuen sollen dementsprechend ihre soziale Umwelt im allgemeinen als Markt betrachten und sich marktgerecht verhalten. Der Begriff des Marktes umfasst weitaus mehr als lediglich den ökonomischen Markt im herkömmlichen Sinn, nämlich auch eine große Bandbreite an Lebensbereichen als soziale Märkte – von sogenannten Heiratsmärkten bis zum Leben als solches, das als Abfolge von Projekten und rationalen Entscheidungen konzipiert wird (siehe dazu z. B. Bröckling 2007). Schon an dieser Stelle ist also zu erkennen, dass die Autorin für ein Verständnis für die übergreifende, diskursive Subjektmodellierung des Paradigmas rationaler Wahl kein Sensorium besitzt, also auch nicht für die marktförmige Konzeptualisierung an sich nichtmarktförmiger Subjektivitäten und Handlungsrationalitäten. Anzumerken ist, dass Ostrom explizit an der Vorstellung der individuellen rationalen Wahlhandlung festhält (z. B. Ostrom 1990: 37, 139). Die Grundannahmen des ursprünglichen Modells rationaler Wahl versteht sie weiterhin als Kernbestand jeder institutionellen Analyse (Ostrom 2005: 103).

Zwar meint Ostrom, die Veränderung von Regelsystemen sei nicht als mechanischer Kalkulationsprozess zu verstehen, allerdings läuft dieser Vorbehalt angesichts ihrer beiden Einschränkungen, solche Veränderungen vielmehr als Ergebnis von «informierten Urteilen» über «unsichere Nutzen und Kosten» zu begreifen, ins Leere (Ostrom 1990: 208). Denn was sind im Paradigma rationaler Wahl die beurteilten Informationen anderes als Nutzen und Kosten – auch wenn deren Einschätzungen Ostrom zufolge mit Unsicherheiten behaftet sind? Hier wird, worauf weiter unten noch einmal eingegangen wird, auch der paradoxe Endpunkt der Ostromschen Theorie deutlich. Das Paradigma rationaler Wahl wird einerseits aufrechterhalten, andererseits entzieht die Autorin ihm die Möglichkeit der Operationalisierung im Sinn einer weiteren empirischen Präzisierung, unter anderem indem die Fähigkeit der Individuen, rationale Entscheidungen aufgrund der Vielzahl an, zudem nur unzureichend bekannten, Variablen überhaupt treffen zu können, stark in Frage gestellt wird (Ostrom 2005: 239). Es verliert damit auch die Möglichkeit einer empirischen Überprüfung. Der paradoxe Effekt dieser Denkfigur ist, dass sich das Paradigma als scheinbar voraussetzungslos darstellen lässt: Es erkennt die Komplexität der sozialen Realität an, indem sie die unzureichende empirische Verankerung seiner Modellbildungen beziehungsweise die unzureichende Überprüfbarkeit seiner konkreten Theoretisierung als Stärke, als besondere Rücksichtnahme auf diese Komplexität ausweist.

Viertens führt die IAD dazu, die von Ostrom so bezeichneten übergreifenden Gemeinschaften, deren Kultur (Ostrom 2005: 106ff.) sowie ihr von Ostrom so genanntes Sozial-

kapital (z. B. Ostrom 1990: 36, 184), aber auch sogenannte externe Akteure, z. B. staatliche Akteure (Ostrom 2005: 249, 283), sowie die Präsenz von herrschaftsförmigen Strukturen (Ostrom 2005: 252, 277) als entscheidende Einflussgrößen für die Gestalt von Regeln und für Erfolg oder Misserfolg von selbstorganisierten Institutionen der Nutzung von Allmenderessourcen hervorzuheben. Mit diesen Weiterungen erreicht Ostrom eine erhebliche Differenzierung des Paradigmas rationaler Wahl, ohne seine Grundannahmen aufzugeben. Sie erlauben zugleich eine Bekräftigung des umfassenden Geltungsanspruchs dieses Ansatzes.

Allerdings wird damit auch ein spezifisches Problem des Paradigmas deutlich, das schon einfachere Varianten seiner Anwendung und Theoretisierung auszeichnet. Der Erklärungsmodus der rationalen Wahl besteht darin, Institutionen als Regelsysteme aus dem unterstellten individuellen Vergleich von individuellen Kosten und Nutzen abzuleiten. Die bei Ostrom ausführliche Behandlung von entscheidungsbestimmenden Faktoren wie Normen, Kommunikation und geteilten mentalen Modellen einer Situation ändert an diesem grundsätzlichen Erklärungsmodus nichts. Der Begriff des Nutzens (*benefit*) wird in Ostrom (1990) für bestimmte Effekte von Handlungen, die als Entscheidungen konzipiert werden, angewandt. In Ostrom (2005) findet sich eine Passage, die das Verhältnis von Nutzen (*benefit*) zu Grenznutzen (*utility*), einer zentralen Kategorie der neoklassischen Ökonomie, erläutert. Sie definiert dort Grenznutzen als «zusammenfassendes Maß aller Nettowerte aller Nutzen und Kosten für die Individuen, um ein bestimmtes Ergebnis zu erreichen» (Ostrom 2005: 53) und sie betrachtet diesen als eine Kategorie, die für die Beschreibung und Erklärung marktwirtschaftlicher und profitorientierter Entscheidungen hinreiche. Dagegen sei es im Rahmen von institutioneller Analyse vonnöten – dh. der inneren Logik von Ostroms Ansatz folgend, bei Analysen solcher Typen von Entscheidungen, die nicht an die Institution des Marktes gebunden sind –, zwischen «einem physischen Ergebnis, einer externen Belohnung oder Sanktion und der Bewertung, die ein Teilnehmer einer physischen Transformation oder einer externen Belohnung oder Sanktion gibt» zu unterscheiden (Ostrom 2005: 52). Zum Kernproblem dieser Betrachtungsweise avanciert folgerichtig die Frage der Messung der «inneren Bewertung, die an eine externe Belohnung oder Sanktion geheftet wird» (ebd., Hervorheb. i. Orig.). «Die innere Bewertung zu messen ist extrem herausfordernd», hält die Autorin fest (Ostrom 2005: 53). Denn diese innere Bewertung umfasst Ostrom zufolge Freude, Scham, Bedauern, Stolz und Schuld (Ostrom 2005: 53, 147).

Weil der methodologische Individualismus grundsätzlich nicht erlaubt, soziale Formen wie den abstrakten ökonomischen Wert oder den Staat, die für die bürgerliche Gesellschaft charakteristische politische Form, als objektivierte, schein-natürliche bzw. fetischistische Phänomene zu identifizieren oder zu erklären, sondern in der Annahme gründet, alle sozialen Phänomene ließen sich auf Individuen und deren rationale Entscheidungen zurückführen, wird ihm die an der Kosten-Nutzen-Terminologie in doppelter Hinsicht ausweisbare Formvergessenheit nicht zum Problem. Auf einer ersten Ebene verweisen Kosten und Nutzen auf zwei unterschiedliche soziale Formen, in Marxscher Terminologie auf die Form des Werts und die Form des Gebrauchswerts. Auf einer zweiten Ebene werden diese inkommensurablen (nicht in ein quantitatives Verhältnis zu setzenden, weil qualitativ verschiedenen) Formen bei Ostrom noch einmal vermengt, wenn

bspw. von «nicht monetären Kosten» die Rede ist (z. B. Ostrom 1990: 195) oder «Profite» unter «Nutzen» fallen (Ostrom 2005: 52). Der Vergleich zweier Größen setzt voraus, dass diese sich auf die gleiche Qualität beziehen. Nicht vergleichbare, das heißt inkommensurable Größen können nicht Gegenstand von Rechenoperationen werden, die im Subjektmodell der rationalen Wahl dem Individuum unterstellt werden. Dies wird von Ostrom auf indirekte, und um das eigentliche erkenntnistheoretische Problem verkürzte, Weise schon 1990 angesprochen, wenn sie festhält: «Variablen wie der Nutzen (*benefits*), ein alternatives Regelwerk zu verwenden oder die Kosten, ein Regelwerk zu beaufsichtigen und durchzusetzen, werden selten in einer Form aufgezeichnet, die ein Analytiker (oder die Individuen, die sich für eine Institution entscheiden) mit einfachen Modellen rechnerisch bearbeiten kann» (Ostrom 1990: 195; vgl. z. B. auch Ostrom 2005: 220). Ostrom folgert daraus, dass es methodisch notwendig sei, sich statt auf die genannten Summenvariablen (Nutzen, Kosten, geteilte Normen, Gelegenheiten) den Situationsvariablen zuzuwenden. Darunter werden eine Reihe konkreterer Variablen verstanden, die theoretisch als Summenvariablen im Sinn von Kosten und Nutzen darzustellen wären; denn geteilte Normen und Gelegenheiten gehen zusammen mit der Diskontierungsrate in die angenommene Kalkulation von Kosten und Nutzen ein, welche die zentrale Weichenstellung für die Bildung, Aufrechterhaltung und Veränderung von Institutionen bildet (siehe Ostrom 1990: 193, 197). Beispielsweise werden in Hinblick auf den Nutzen einer institutionellen Wahlhandlung folgende Situationsvariablen genannt: Zahl der aneignenden Individuen, Ausdehnung des Ressourcensystems, Variabilität der Ressourceneinheiten, Zustand des Ressourcensystems, Marktbedingungen, Konflikte in der Vergangenheit, Datenlage zu gegenwärtigen und historischen Aneignungsmodi, bestehende und vorgeschlagene neue Regeln der Aneignung (Ostrom 1990: 196).

Freilich löst dieser methodische Vorschlag weder die Problematik der Inkommensurabilität zweier Größen auf noch löst er den grundsätzlichen Anspruch im Erklärungsmodus der rationalen Wahl ein: dass sich Institutionen aus individuellen Kosten-Nutzen-Kalkülen ableiten lassen. Die von Ostrom 2005 eingeführte, oben referierte Unterscheidung in Hinblick auf den Begriff des Nutzens zeugt von einer fortgesetzten Virulenz dieses theoretischen Problems, das allerdings keinen zentralen Stellenwert erhält. Die dort dargestellte Lösung versucht gemäß des Paradigmas rationaler Wahl vielmehr, die Inkommensurabilität von Kosten und Nutzen durch den Bezug auf eine beiden Größen unterlegte, dritte Größe zu bereinigen, nämlich die innere Bewertung. In anderen Worten: durch die unterstellte Generierung eines qualitativ einheitlichen und nur quantitativ unterschiedenen subjektiven Werts, der sich auf Kosten und Nutzen bezieht und erstens diese und zweitens qualitativ unterschiedliche Inputs und Outputs auf einer gemeinsamen Skala ins Verhältnis setzt. Die Vervielfältigung der Begriffe für den Output der unterstellten Kosten-Nutzen-Verhältnisse, von Ergebnis (*outcome*) über Nutzen (*benefit*), Belohnung (*reward*) und Grenznutzen (*utility*) bis hin zu Bewertung (*valuation*), worin sich schließlich auch die Kosten auflösen lassen sollen, umgeht das zugrundeliegende Problem nur oberflächlich. Gleichwohl formalisiert Ostrom 2005 – in Abschnitten, die zusammen mit Sue Crawford entstanden sind – diesen Ansatz in einer institutionellen Grammatik, die 1990 noch nicht entwickelt war. Dabei soll ein Delta-Parameter sowohl die Veränderung von erwarteten Auszahlungen (*payoffs*) bei Einhaltung einer Vorschrift oder bei Zu-

widerhandeln als auch die Veränderung von erwarteten Auszahlungen aus externen oder internen Quellen quantitativ ausdrückbar machen (Ostrom 2005: 146f.). Externe Quellen von Auszahlungen sind Sanktionierungen oder Belohnungen des Bruchs von oder der Konformität mit sozialen Normen, während interne Quellen die internalisierten Normen bezeichnen. Abgesehen von dem Umstand, dass mit dem Begriff der Auszahlung hier erneut ein geldbezogener Terminus für nicht monetarisierte und auch nicht konsistent monetarisierbare Größen eingeführt wird, stellt sich die Frage des theoretischen Effekts dieses mathematischen Zugriffs.

Der Erklärungsmodus im Paradigma rationaler Wahl unterstellt Institutionen als abhängige Variable und Kosten-Nutzen-Verhältnisse als unabhängige Variablen. Auch wenn Elinor Ostrom darauf verzichtet, die spieltheoretisch konzipierten Situationen, die zu Institutionen führen, strikt zu formalisieren und die Komplexität von Institutionen betont, impliziert dieses Paradigma dessenungeachtet die Annahme, dass individuelle Kalkulationsprozesse stattfinden, die als unabhängige Variable die davon abhängigen Institutionen erklären können. Damit wird die Messbarkeit der Kalkulationsprozesse und der ihnen unterstellten Variablen zum zentralen theoretischen Problem des Paradigmas. Der Imperativ der Messbarkeit wird bei Ostrom zwar anerkannt und die in ihren Worten «extreme Herausforderung» dieser vom Paradigma erzwungenen Aufgabe benannt, allerdings nicht gelöst. Dieser Imperativ wird von Ostrom übrigens schon in Hinblick auf einfachere Vorstellungen von Grenznutzen festgehalten: «Tatsächlich ist es unmöglich, die Annahme zu testen, dass Individuen ihren Grenznutzen maximieren, ohne über irgendein objektives Maß für Grenznutzen zu verfügen» (Ostrom 2005: 293). Die Autorin versteht die Formalisierung von inneren Bewertungen im Sinn der Delta-Variable gleichwohl als «den Beginn, diesen Prozess zu erhellen» (Ostrom 2005: 53). Solange jedoch eine Messung nicht erfolgt bzw. grundsätzlich nicht erfolgen kann, erbringt dieser Ansatz zwar einen weiteren Formalisierungsschritt von sozialen Phänomenen im Sinn des Paradigmas rationaler Wahl. Eine Erklärung für diese Phänomene im Rahmen dieses Paradigmas wird jedoch nicht geleistet.

Damit endet, wenn man so will, der Ansatz, den die Autorin für die Erklärung von Institutionen verfolgt, in der gleichen methodischen Sackgasse – allerdings auf höherem Komplexitätsniveau –, in die schon die subjektive Werttheorie der Neoklassik als spezifisch ökonomisches Paradigma im engeren Sinne, woraus sich das sozialwissenschaftliche Paradigma rationaler Wahl im allgemeinen ableitet (siehe dazu z. B. Foucault 2006), geraten war. Gegen die von den frühbürgerlichen klassischen Ökonomen Smith, Ricardo und anderen entwickelte objektive Werttheorie, die von Marx kritisch reflektiert worden ist, positionierte die spätbürgerliche Ökonomie ab dem Ende des 19. Jahrhunderts eine subjektive Werttheorie, die als Option schon zu Marx' Zeit bekannt war. Dieser Wandel lässt sich durch eine Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse sowie durch neue politische Aufgabenstellungen erklären und brachte in der ersten Phase der entstehenden neoklassischen Ökonomie noch den Versuch mit sich, den subjektiven Wert als Nutzen und in weiterer Folge als Grenznutzen objektiv zu messen. Der Versuch scheiterte, ein abstrakter Nutzen ist grundsätzlich nicht messbar. Zugleich entband die Verfestigung kapitalistischer Verhältnisse die bürgerliche Ökonomie jedoch von der Notwendigkeit einer tieferreichenden theoretischen Fundierung des Wertbegriffs (Heinrich 2001: 62ff.).

Während die subjektive Werttheorie mit dem Konzept des Nutzens bzw. Grenznutzens die Tauschrelationen zwischen Waren als Ergebnis von individuellen Präferenzstrukturen erklären wollte, zielt Ostrom mit Hilfe der inneren Bewertung auf eine Erklärung von operationalen, kollektiven und verfassungsmäßigen Wahlhandlungen, die aus ihrer Sicht die Basis der Entstehung und Reproduktion von Institutionen darstellen. Auf die Ebene der von Ostrom behandelten Problemstellung übertragen geht es hier folglich um die Relationen zwischen verschiedenen institutionellen Lösungen von Problemen effizienter Produktion und Allokation von Gütern und Dienstleistungen. Doch führt das, von der neoklassischen Ökonomie unter anderem aufgrund ihres spezifischen Gegenstandsreichs zu unterscheidende, Paradigma rationaler Wahl auf dieser Ebene in eine strukturell vergleichbare Schwierigkeit, nämlich eine tautologische Denkfigur. Sie leitet nicht, wie methodisch erfordert, die vorfindlichen Verhältnisse aus individuellen Kosten-Nutzen-Verhältnissen ab, sondern unterstellt kurzerhand diese Verhältnisse als Ursache der eigentlich erst dadurch zu erklärenden sozialen Phänomene.

Mangels einer Messung bzw. Messbarkeit der unterstellten, unabhängigen Variablen resultiert dieser theoretische Zugriff aus einer Art des Denkens, die Ostrom selbst an anderen Beispielen als metaphorisches Denken kritisiert (Ostrom 1990: 7f.). Die IAD ergänzt das einfache Modell individuellen Wahlhandelns zwar um eine Reihe von Parametern und Variablen, die eine komplexere Ausgestaltung dieses formalen Rahmenkonzepts ermöglichen. Allerdings sind diese Komponenten, zumeist ohne die Suggestion ihrer Mathematisierbarkeit und in abweichender theoretischer Rahmung und Ausgestaltung, auch für andere sozialwissenschaftliche Paradigmen wesentlich. Der Ansatz von Elinor Ostrom bietet demgegenüber vorrangig ein metaphorisches Narrativ, das die von einfachen Ansätzen rationaler Wahl – gegen die sich Ostrom wendet – als relevant bestrittenen oder ignorierten Elemente sozialen Lebens so beschreibt und anordnet, als würden sich weite Teile der sozialen Welt den Annahmen der rationalen Wahl doch letztlich fügen.

In letzter Konsequenz wird damit ein paradoxes Ergebnis erreicht. Einerseits verliert das Paradigma rationaler Wahl aufgrund der von Ostrom geleisteten immanenten Kritik seine Operationalisierbarkeit im Sinn empirischer Überprüf- und Anwendbarkeit. Die große Zahl an nicht quantifizierbaren Parametern und Variablen, die von ihr eingeführt werden, macht eine konkrete Anwendung der sich daraus ergebenden Modelle unmöglich. Ostrom selbst wiederholt entsprechend, dass es keine Blaupausen für Akteure gibt, die eine dauerhafte und ökologisch vorteilhafte Nutzung von Allmenderessourcen anstreben (z. B. Ostrom 2005: 274ff.). Selbst die von ihr identifizierten und im linksalternativen Diskurs immer wieder zitierten sieben beziehungsweise acht Designprinzipien für die Regelbildung in entsprechenden Institutionen können konkrete Interventionen, wie auch die Autorin festhält, nicht anleiten (z. B. Ostrom 2005: 270f.). Denn entscheidend sind nicht die abstrakten Designprinzipien, sondern die Regeln, die, wie Ostrom selbst betont, weder von einer externen analytischen noch von einer internen praktischen Position aus rational festgelegt werden können (Ostrom 2005: 220, 239). Den Prozess des in der Sprache der rationalen Wahl so genannten Institutionenangebots beschreibt Ostrom vielmehr als einen von Versuch und Irrtum (z. B. Ostrom 1990: 34) und des Experiments (Ostrom 2005: 255), der nicht zu optimalen Institutionen führt, aber zu solchen, die unter günstigen Bedingungen jedenfalls in der Weise positiv eingeschätzt werden können,

dass viele Beispiele staatlicher Regulierungen oder von Privatisierungen von Allmenderessourcen demgegenüber schlechter abschneiden. Andererseits jedoch wird das Modell des wahlhandelnden, Kosten und Nutzen im Sinne individueller Nutzenmaximierung abwägenden Subjekts gerade durch den Einbezug einer Reihe von Faktoren reproduziert, die für einfache Modelle rationaler Wahl untypisch sind.

Wissenschaftliche Spezialdiskurse in den Humanwissenschaften konstruieren und transportieren häufig vor allem oder zunächst einmal ein bestimmtes Subjektmodell, eine bestimmte Art des Menschseins und Weltbezugs (Reckwitz 2006). Dies gilt letztlich auch für die IAD im Sinn von Elinor Ostrom und der Strömung institutioneller Analyse, in der sie sich verortet. Es gilt dies auch für Aspekte des linksalternativen Commonsdiskurses, wenngleich in einer der Ostromschen Subjektmodellierung entgegengesetzten Weise, wie im folgenden kurz darzustellen ist.

Der Bezug des linksalternativen Commonsdiskurses auf Elinor Ostrom

Zusammengefasst zeichnen den Ansatz von Elinor Ostrom zum Verständnis der selbstorganisierten und robusten Nutzung von Allmendegütern im besonderen und der Reproduktion von Institutionen im allgemeinen – im Unterschied zu vielen im linksalternativen Commonsdiskurs verorteten Ansätzen – theoretische Präzision und Konsistenz aus. Allerdings fällt ihr Zugang letztlich den eigenen Prämissen, die im Paradigma rationaler Wahl beschlossen liegen, zum Opfer, genauer noch dem Verdikt, lediglich eine Metapher zu sein, die zu politisch fragwürdigen Schlussfolgerungen verleiten kann. Diese illustriert Ostrom selbst, wenn sie bspw. für *public-private-partnerships* in der Entwicklung von Infrastrukturen für städtische Arme unter Ausnutzung von deren unbezahlter Arbeitskraft plädiert (Ostrom 1999). Zudem ist mit Ostrom grundsätzlich keine Kritik kapitalistischer und staatlicher Strukturen zu leisten, was bestimmte sich auf Ostrom berufende Strömungen der linksalternativen Debatte hingegen anstreben. Ostroms kritische Sicht auf bestimmte Ansätze staatlicher Politik ordnet sich vielmehr in die liberale Gouvernementalität ein, worin die kollektive selbstorganisierte Nutzung von bestimmten Ressourcen, sofern sie «effizienter» ist als private oder staatliche Aneignungsformen, «Transaktionskosten mindert» und sozialen Widerständen vorbaut, gegenüber privateigentümlicher oder staatlicher Verwaltung zu bevorzugen ist. Sie entspricht der liberalen Perspektive, die staatliche Intervention auf das Allernotwendigste zu beschränken und stattdessen die Selbstführung der Subjekte und die Steuerung ihres Kontexts in das Zentrum des Regierens zu stellen. Dieses zu unterstützen und zu beraten ist ein wiederholtes Ziel der Ostromschen Forschung.

Was ist von Ostrom grundsätzlich zu lernen? Sie ermöglicht, von den Engführungen und Naturalisierungen des Paradigmas rationaler Wahl befreit zu denken. So findet sich eine elaborierte und empirisch reichhaltige Kritik an staatlichen Blaupausen bspw. bei James Scott (1998), der zudem auch ein strukturiertes Plädoyer für situiertes Wissen formuliert, das bessere und breitere Anhaltspunkte für emanzipatorische Ansätze bereithält als die auf Allmendegüter bezogenen Designprinzipien von Elinor Ostrom. Die Kritik an Privateigentumsrechten wiederum ist Grundbestand marxistischen Denkens, auch dort, wo dieses sich nicht positiv auf den Staat bezieht.

Während der *homo oeconomicus* des Paradigmas rationaler Wahl immer wieder im linksalternativen Diskurs kritisiert wird, bleibt unthematized, dass Ostroms Theorie sich nahtlos darin einordnet. Darin zeigt sich neben einer Schwäche der Rezeption ein geteilter Zug der linksalternativen Debatte um die Commons und der Theorie von Elinor Ostrom, den man als Kontraktualismus bezeichnen könnte. Der kontraktualistische Zugang bei Ostrom ist im Paradigma rationaler Wahl verankert. In der linksalternativen Debatte ist dies nicht oder nicht wesentlich der Fall. In diesem Kontext drückt der Kontraktualismus entweder ein Element traditionell marxistischen oder links-aufklärerischen Denkens aus, das «bewusste» und «selbstbestimmte» Vereinbarungen, wie es immer wieder heißt, ins normative Zentrum rückt – und damit zugleich die fragwürdige Idee des autonomen Subjekts reproduziert. Oder aber es spiegelt sich darin eine macht- und herrschaftsvergessene Sicht auf die Commons oder gesellschaftliche Transformation, die Ostrom nicht in jeder Hinsicht angelastet werden kann. Ein nüchterner Blick auf Commons ist Ostrom möglich, weil sie kein politisch so stark aufgeladenes und zugleich theoretisch vages bis unbestimmtes Konzept davon vertritt wie im linksalternativen Diskurs. Dennoch wären wohl viele der empirischen Grundlagen von Ostroms Theorie mit anderem Instrumentarium neu und anders aufzuarbeiten. Als ein Beispiel unter anderen fällt etwa ins Auge, dass in ihrer Beschreibung der Einrichtung von selbstorganisierten Institutionen zur Nutzung von Grundwasser in Kalifornien (zuerst in Ostrom 1990) nur am Rande auf einen zentralen politischen Konflikt verwiesen wird: nämlich dem zwischen Gemeinden, die sich auf den Standpunkt stellten, dass Grundwasser ein öffentliches Gut sei, auf das privatkapitalistische Firmen kein Anrecht hätten bzw. nur ein nachrangiges, und den offenbar sehr machtvollen privatkapitalistischen Akteuren, die letztlich den Standpunkt, Wasser sei ein öffentliches Gut, im Commonsarrangement negieren konnten.

Abschließend ordnet sich sowohl der mehr oder weniger linksalternative als auch der liberale Diskurs der Commons in eine längere Reihe wiederkehrender Wellen der Erkenntnis ein, dass die von der kapitalistischen Produktionsweise dominierte und bürgerliche Gesellschaft sich nicht auf marktförmige und staatlich verfasste Verhältnisse reduzieren lässt. Die Argumentation von Caffentzis (2010), wonach die letzte Welle dieser Wiederentdeckung dem nichtintendierten Zusammenfluss von neoliberaler Reorganisation des Staates und linker Kritik des staatlich verfassten Sozialismus nach 1989 geschuldet sei, ist plausibel. Der dafür die gesellschaftliche Grundlage bietende Komplex sozialer Praktiken hat im Verlauf dieser Wellen wechselnde Hauptbegriffe auf sich gezogen, so etwa den Begriff der Zivilgesellschaft, der Gemeinschaft, des Sozialkapitals oder der Reziprozität. Es sind insbesondere der Begriff der Reziprozität, vielleicht auch jener der Zivilgesellschaft, die sich für einen sozialwissenschaftlich präziseren und linkspolitisch ertragreicheren Zugriff auf die Commonsdebatte eignen würden – sofern einerseits das politische Ziel und seine normativen Voraussetzungen klarer formuliert und andererseits die analytisch-wissenschaftliche Herangehensweise nicht einer normativen oder politisch-strategischen Ausrichtung untergeordnet werden.

Andreas Exner ist Dissertant am Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien. Mitarbeiter im Forschungsprojekt «Green Urban Commons» unter der Leitung von Prof. Ulrich

Brand. Das Projekt wird vom Wiener Wissenschafts- und Technologiefonds (WWTF) finanziert.

Anmerkung

*www.oya-online.de/blog/148-wegweisende_konferenz_zur_commons-oekonomie/view.html (6. 3. 2014).

Literatur

- Blackmar, E. (2006): Appropriating «the commons». The tragedy of property rights discourse. In: S. Low, N. Smith (eds.): *The politics of public space*. New York, London. S. 49–80.
- Bröckling, U. (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt a. M.
- Caffentzis, G. (2010): The future of «The commons». Neoliberalism's «Plan B» or the original disaccumulation of capital? In: *New Formations* 69: 23–41.
- Exner, A., B. Kratzwald (2012): *Solidarische Ökonomie & Commons*. Wien.
- Forsyth, T., C. Johnson (2014): Elinor Ostrom's legacy. Governing the commons, and the rational choice controversy. In: *Development and Change* 5: 1093–1110.
- Foucault, M. (2006): *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität*. Bd. 2. Frankfurt a. M.
- Heinrich, M. (2001): *Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition*. Münster.
- Helfrich, S., Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2009): *Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter*. München.
- Helfrich, S. et al. (2010): *Gemeingüter – Wohlstand durch Teilen. Ein Report*. Berlin. www.boell.de/downloads/Gemeingueter_Report_Commons.pdf.
- Helfrich, S., Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2012): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*, Bielefeld.
- Helfrich, S., D. Bollier (2012): Die transformative Kraft der Commons. In: S. Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld. S. 15–23.
- Helfrich, S. (2012): Gemeingüter sind nicht, sie werden gemacht. In: S. Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld. S. 85–91.
- Kuhn, T. (1967): *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt a. M.
- Meretz, S. (2012): Ubuntu-Philosophie, in: S. Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld. S. 58–65.
- Ostrom, E. (1990): *Governing the commons. The evolution of institutions for collective action*. Cambridge u. a.
- Ostrom, E. (1998): A behavioral approach to the rational choice theory of collective action. In: *The American Political Science Review* 1: 1–22.
- Ostrom, E. (1999): Crossing the great divide. Coproduction, synergy, and development. In: M. D. McGinnis (ed.): *Polycentric governance and development. Readings from the workshop in political theory and policy analysis*. Ann Arbor. S. 346–374.
- Ostrom, E. (2005): *Understanding institutional diversity*. Princeton, Oxford.
- Ostrom, E. (2011): *Was mehr wird wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter*. München.
- Quilligan, J. B. (2012): Warum wir Commons von öffentlichen Gütern unterscheiden müssen. In: S. Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld. S. 99–106.

Reckwitz, A. (2006): *Das hybride Subjekt. Eine Theorie der Subjektkulturen von der bürgerlichen Moderne zur Postmoderne.* Stuttgart.

Reckwitz, A. (2014): *Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung.* Frankfurt a. M.

Schneider, V., F. Janning (2006): *Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik.* Wiesbaden.

Schützenberger, I. (2014): *Vom Gemeinschaften in Gemeinschaftsgärten. Prozesse und Strukturen des Commoning in urbanen Gärten in Wien.* Univ. Wien.

Scott, J. (1998): *Seeing like a state. How certain schemes to improve the human condition have failed.* Cambridge/Mass.